

B e s c h l u s s a n t r a g der FPÖ - Gemeinderäte Maximilian Krauss, MA, Ing. Udo Guggenbichler, MSc, Wolfgang Seidl und Stefan Berger betreffend „Strukturreform der Wiener Volkshochschulen GmbH an Haupt und Gliedern“, eingebracht in der Gemeinderatssitzung am 25. Jänner 2023 zu Post 22

Nach der Wien Energie ist die finanzielle Notlage der Wiener Volkshochschulen das nächste Beispiel jahrzehntelanger SPÖ-Misswirtschaft auf Kosten der Wiener Steuerzahler. So wird mittels Medienberichterstattung bekannt, dass die Wiener Volkshochschulen fünf Millionen Euro an Sach- und Personalkosten einsparen müssen und es deshalb zu ersten Kündigungen kommen wird. Tatsächlich geht es jedoch um eine notwendige Einsparungssumme von insgesamt zehn Millionen Euro für 2023, weshalb Bildungsstadtrat Christoph Wiederkehr per OTS am 12.12.2022 kommunizierte, dass eine „5-Millionen-Euro-Steuergeld-Notspritze“ die seit vielen Jahren defizitären und offensichtlich am Interesse der Wienerinnen und Wiener vorbei agierenden Wiener Volkshochschulen „retten“ soll. Die Wiener Volkshochschulen GmbH steht zu 25,1 Prozent im Eigentum der Stadt, Haupteigentümer ist jedoch zu 74,9 Prozent der Verband Wiener Volksbildung. Dieser wird geführt von SPÖ Wien-Gemeinderat und SPÖ-Bundesgeschäftsführer Christian Deutsch, der den Verband 2018 von Michael Ludwig übernommen hat und nun auch als Vorsitzender des Aufsichtsrates der Wiener Volkshochschulen GmbH fungiert.

Bürgermeister Michael Ludwig war ganze 23 Jahre lang, von 1995 bis 2018, Vorsitzender des Verbandes Wiener Volksbildung, sowie ab Dezember 2007 bis zur Übernahme von Christian Deutsch Vorsitzender des Aufsichtsrates der Wiener Volkshochschulen GmbH. Damit hat er die aktuelle bedenkliche Entwicklung der Volkshochschulen in Wien maßgeblich mitgeprägt.

Laut dem 2021 veröffentlichten Stadtrechnungshof-Bericht (StRH I – 7/19) gab es schließlich bereits seit 2008 Strategien, um der negativen finanziellen Entwicklung entgegenzuwirken. Allerdings wurde jede nachhaltige Strukturreform systematisch im Keim erstickt, sodass nach wie vor ein Drittel der Kurse laut Stadtrechnungshof wegen „Desinteresse“ nicht abgehalten wird und viele Standorte nur hohe Fixkosten und kaum Deckungsbeiträge produzieren. Seit vielen Jahren weisen die Wiener Volkshochschulen deshalb ein negatives Jahresergebnis aus, das nur durch den massiven Abbau von Rücklagen kaschiert werden konnte. Mittlerweile ist die Eigenkapitalquote auf ein Minimum geschrumpft und eine der wichtigsten Einrichtungen für Erwachsenenbildung in Wien steht vor dem Nichts, 43 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mussten noch vor Weihnachten gekündigt werden und eine von den NEOS genehmigte „5-MillionenEuro-Steuergeld-Notspritze“ soll nun „das Angebot der Wiener Volkshochschulen für 2023 aufrechterhalten“. Damit ist klar, dass im SPÖ-regierten Wien mit tatkräftiger Unterstützung der NEOS einmal mehr die Steuerzahler für eine weitere jahrelange Misswirtschaft der SPÖ aufkommen müssen.

Da die Steuerzahler in Zeiten hoher Geldentwertung und explodierenden Kosten vor allem in der Daseinsvorsorge zur Kasse gebeten werden, um das fahrlässig herbeigeführte Defizit auszugleichen, stellen die gefertigten Gemeinderäte daher gemeinsam mit den Mitunterzeichnern gemäß § 27 Abs. 4 der Geschäftsordnung des Wiener Gemeinderates nachfolgenden

B e s c h l u s s a n t r a g

Der Wiener Gemeinderat spricht sich für eine generellen Strukturreform der Wiener Volkshochschulen GmbH an Haupt und Gliedern und gegen die bedingungslose, nicht zurückzuzahlende EUR 5 Mio Förderung an die VHS aus.

In formeller Hinsicht wird die sofortige Abstimmung beantragt.